



Statement zur Zwischenlagerung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle dauert viel länger als geplant. Heute Vormittag wurde deutlich, dass deswegen eine Optimierung des bestehenden Standortauswahl Gesetzes notwendig ist und erste Schritte hierzu nun erfolgen.

Die bestehenden gefährlichen Zwischenlager für hochradioaktiven Müll, die an 16 Standorten über Deutschland verteilt sind, bleiben nicht nur ein paar Jahre länger in Betrieb, sondern über die Jahrhundertwende hinaus. Und das in Zeiten, in denen Deutschland wieder „kriegstüchtig“ werden soll.

Die ursprünglich befristete Lösung droht, stillschweigend zum Dauerzustand zu werden. Wer übernimmt dafür die Verantwortung? In einer Demokratie darf es nicht sein, dass Probleme und zentrale Fragen zur Zwischenlagerung ohne klare politische Antwort bleiben.

Was fehlt, ist ein vertrauenswürdiger Zeitplan. Nur ein Zeitplan mit definierten Meilensteinen ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern nachzuvollziehen, ob die Endlagersuche bis zur Fertigstellung des Endlagers und bis zur Räumung der Zwischenlager im vorgesehenen Zeitrahmen erfolgt.

Währenddessen laufen die Genehmigungen für die Zwischenlager aus. In Gorleben hat schon das neue Genehmigungsverfahren begonnen, obwohl konzeptionelle Grundlagen fehlen: Es gibt weder ein fertiges Regelwerk noch ein Gesamtkonzept oder einen verbindlichen Zeitplan. Auch das Nationale Entsorgungsprogramm liefert hierzu keine Antworten.

Die Einbindung der Öffentlichkeit bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück: Sie beschränkt sich auf einzelne Standorte, gesetzlich vorgeschriebene Formate oder allenfalls Informationsveranstaltungen. Doch Beteiligung heißt nicht: zuhören, was längst beschlossen wurde. Fragen und Probleme mit einer hundertjährigen Lagerung in Bezug auf Alterungsprozesse, veränderte geopolitische Lagen und neuen Waffensystemen müssen auf den Tisch. Die Menschen, die mit den Konsequenzen leben müssen, sollten nicht nur informiert, sondern lösungsorientiert einbezogen werden – an Konzepten, Bewertungen und der Entscheidungsfindung.

Schon auf dem 2. Forum Endlagersuche 2023 in Halle wurde angesichts der neuen zeitlichen Perspektiven gefordert, dass die BGZ und das Bundesamt (BASE) endlich konzeptionelle und sicherheitsrelevante Fragen beantworten. Zahlreiche offene Fragen brauchen dringend nicht nur Antworten – sondern auch Mitwirkung für eine sichere Lagerung. Deshalb forderte das Forum auch ein Konzept für die Zwischenlagerung, das gemeinsam und verbindlich erarbeitet und umgesetzt werden sollte.



Eine erste Veranstaltung dazu hat das Planungsteam Forum Endlagersuche im Oktober 2024 durchgeführt. Ziel war es, für einen neuen Begleitprozess Ideen zu sammeln, Vernetzung zu ermöglichen und die Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichen Akteure einzubinden. Doch die Genehmigungen der Zwischenlager laufen nach und nach ab, während es keinen übergeordneten Prozess gibt. Versprechungen des BASE für eine Kick-Off-Veranstaltung im Frühjahr 2025 und damit einen Auftakt für einen dauerhaften Begleitprozess verliefen im Sande.

Das Nationale Begleitgremium hat daraufhin selbst Initiative gezeigt und im April 2025 Akteure aus den Zwischenlagerregionen zur „Werkstatt Zwischenlagerung“ eingeladen – ein wichtiger Impuls. In dieser Veranstaltung und in einer anschließenden Online-Runde wurde klar: Die Zwischenlagerung radioaktiver, insbesondere *hochradioaktiver* Abfälle ist kein lokales Thema, sondern eines von nationaler Tragweite. Diese Aufgabe erfordert einen gemeinsamen Dialog aller Zwischenlagerregionen. Eine jährliche Statuskonferenz, wie vom BASE vorgeschlagen, reicht hier schlicht nicht aus.

Bemerkenswert ist, dass weder das BASE noch das BMUKN oder die BGZ dieser Einladung gefolgt sind. Dass eine solche Initiative aus der Bevölkerung und beratenden Gremien kommt, ist ein deutliches Signal: Verantwortung seitens des BMUKN und BASE wird nicht wahrgenommen. Dabei schadet der Umgang mit der Zwischenlagerung der Glaubwürdigkeit bei der Endlagersuche.

Stattdessen beschränkt sich das BASE auf das Konzept für Information und Dialog. Darin ist ausdrücklich keine Beteiligung vorgesehen – und es wurde erst im Oktober 2025 öffentlich vorgestellt. Damit setzt man erneut auf ein Modell, das die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen stellt; sie darf zuhören, aber nicht mitreden.

Das Forderungspapier der Atommüllkonferenz, eines Zusammenschlusses von ca. 50 Initiativen, zur Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle vom April 2025 benennt sehr klar, was jetzt notwendig ist:

- eine offene Auseinandersetzung über Risiken und daraus folgenden Sicherheitsanforderungen,
- Sicherung gegen Terror und Krieg,
- ein Regelwerk auf Basis des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik,
- ein zeitlich befristeter Rahmen für die Zwischenlagerung,
- Forschungskonzepte, die sich auf Risiken und Unsicherheiten beziehen,
- ein Notfall- und Reparaturkonzept und
- ein wirkungsvoller Beteiligungsprozess mit der Bevölkerung

Diese Forderungen liegen längst auf dem Tisch. Sie werden breit geteilt – vom NBG, vom PFE und von der ASKETA.



Es ist also alles gesagt. Die Probleme sind bekannt, die Vorschläge gemacht.

Jetzt ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen und Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Übergangslösung nicht zum Dauerzustand wird. Die Menschen an den Zwischenlager-Standorten müssen noch Jahrzehnte mit der gefährlichen oberirdischen Lagerung von hochradioaktivem Müll sicher leben können - auch mit der absehbar verlängerten Zwischenlagerung.

Wir erwarten Antworten - dabei blicke ich nun stellvertretend zu den Vertretern vom BMUKN.
Sie sind am Zug.

Hinweis auf Wortmeldungen von NBG, BI/AMK, ASKETA